

Wahl-Aufruf

der

Deutschen Volkspartei in Bayern (Deutsche demokratische Partei).

In diesen Tagen beginnt ein neuer Abschnitt deutscher Geschichte. Für die Entscheidung, die bei diesen Wahlen fallen wird, rufen wir alle freiheitlichen Männer und Frauen auf.

Um was handelt es sich?

Es handelt sich darum, daß **Ruhe und Ordnung** wiederkehrt, daß Anarchie und Bürgerkrieg verhütet wird und daß die Bahnen einer gesetzmäßigen Entwicklung wieder gefunden werden. Das ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau des Reiches.

Es handelt sich darum, daß der Aufbau nach außen und nach innen als eine **vaterländische Angelegenheit** von allen Staatsbürgern begriffen wird.

Wir stehen auf dem Boden der **Einheit des Reiches** und ersehnen ein **Großdeutschland** mit Einschluß der deutsch-österreichischen Brüder.

Wir bekämpfen um unserer staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung willen **jeden engherzigen Partikularismus**, lehnen aber die Vorherrschaft eines einzelnen Bundesstaates, wie sie in der Vergangenheit Preußen besaß, ab. Die besonderen wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Bundesstaaten, insbesondere **Bayerns**, müssen voll berücksichtigt werden.

Wir stehen weiter auf dem Boden des freien Volksstaates. Wir wollen den

Demokratischen und sozialen Aufbau

dieses Staates in Regierung, Verwaltung, Recht und Wirtschaft. Die Gleichberechtigung aller Staatsbürger soll endlich durchgeführt werden, die Bildung nicht nur ein Vorrecht des Besitzenden, sondern **allen** begabten Kindern des Volkes zugänglich sein. **Glaubens- und Gewissensfreiheit** muß gerade in unserer Zeit hochgehalten und geschützt werden. Eine Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche muß so erfolgen, daß dabei die religiösen Empfindungen des Volkes geschont und die Vermögensrechte der kirchlichen Gemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben gewahrt werden. Dem Staate als Kulturinstitut obliegt auch mit die Sorge für die Pflege der religiösen Bedürfnisse.

Wir verlangen

wahre Freiheit für alle Staatsbürger

und bekämpfen die Unterdrückung der Freiheit durch Gewalt, die, gleichgültig, ob von oben oder von unten her, Unfreiheit und Reaktion bedeutet. Wir fordern Schutz für die Durchführung freier Wahlen und fordern Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahlen.

Die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frau,

die wir insbesondere im Hinblick auf ihre opfervolle Mitarbeit in der Kriegszeit als ein Gebot der Gerechtigkeit empfinden, begrüßen wir. Wir erwarten von ihrem Eintritt ins politische Leben die feste Verankerung unserer freiheitlichen demokratischen Gedanken in der Familie wie in den Herzen der heranwachsenden Jugend.

Als Voraussetzung für alle sozialen Reformen muß das deutsche Wirtschaftsleben so schnell wie möglich wieder aufgebaut werden. Das ganze Volk muß eine Arbeitsgemeinschaft mit dem größten Nutzeffekt bilden, welche von oben bis unten mit technischem und kaufmännischem Intellekt durchgesetzt wird. Die Tatkraft des Unternehmers in Handel und Industrie muß sich entfalten können. Der Arbeiterchaft muß eine erhöhte Teilnahme an dem Ertrag ihrer Arbeit und ein Mitbestimmungsrecht im Wirtschaftsleben gewährt werden. Sie hat aber kein Interesse an einer bürokratischen Erötung der Wirtschaft. **Darum lehnen wir die wahllose allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ab**, wie sie in dem Erfurter Programm der Sozialdemokratie gefordert wird. Wir sind aber bereit, da wo die wirtschaftliche Entwicklung zu Privatmonopolen geführt hat, die die Gesamtheit zugunsten einiger wenigen ausbeuten, die Allgemeinheit an dem Ertrag und Gewinn dieser Arbeit durch Ueberführung in die Hände der Gesamtheit und durch eine soziale Steuerpolitik zu beteiligen.

Die Steuern müssen nach dem strengsten Maßstab der Leistungsfähigkeit und vom Standpunkt gesunder Bevölkerungspolitik unter Berücksichtigung der Familiengründung und Kinderzahl bestimmt werden.

Für Arbeiter, Angestellte und Privatbeamte fordern wir ein

modernes Arbeitsrecht.

Durch planmäßige Dezentralisation der Industrie soll die einseitige Entwicklung zum Riesenbetrieb verhindert, soll die Zahl der selbständigen Existenzen vermehrt werden. Das gilt auch für das **Handwerk**, das im Krieg besonders schwer gelitten hat und Anspruch auf staatliche und gemeindliche Hilfe für seinen Wiederaufbau besitzt. Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß und gute Fachausbildung kann es sich im Wirtschaftskampfe erhalten.

Die **Wohnungsfrage** ist in ihrer tiefgreifenden Bedeutung für das Familienleben eine Kulturfrage ersten Ranges. Wir kämpfen gegen Bodenspekulation und für ein Heimstättenrecht namentlich im Interesse des Wiederaufbaus der Existenzen der Kriegsbeschädigten.

Eine **Vermehrung des Bauernstandes** auf Kosten der Fideikomisse und des allzu großen Grundbesitzes ist im Interesse unserer Volksernährung eine Notwendigkeit. Es gilt ein großzügiges Programm der inneren Kolonisation aufzustellen und bald durchzuführen.

Mehr freie Bauern auf freier Scholle!

Dem Bauern gebührt, wie dem Arbeiter, sein gerechter Lohn.

Unser Beamten- und Lehrerstand

Blickt mit Sorge in die Zukunft; wir müssen seine Ansprüche sichern und die Unwiderruflichkeit der Anstellung festhalten. Wir können ihn nicht wechselnder Parteiherrschaft ausliefern. An der **Erhaltung und dem Schutz der freien Berufe** hat der Staat ein großes Interesse. Wir wollen nicht das

Geer der Abhängigen vermehren. Wir treten ein für die Wahrung der Rechte der Berufssoldaten aller Grade.

Ueber allen Ständen und ihren sich oft widerstreitenden Interessen steht der Staat.

Wir sind keine Ständes- und keine Klassenpartei, wir lehnen den Klassenkampf ab. An den Staat, seine Erneuerung, seine Wiedergeburt denken wir bei aller unserer Arbeit. Noch einmal soll unser deutsches Volk, das der Welt aus dem Schatze seines Könnens und Wissens viel geschenkt hat, aufsteigen. Es wird, so hoffen wir, seinen Platz in der Welt wieder gewinnen, wenn es in neuem Geiste, in ehrlichem Willen sich in die

Gemeinschaft der Völker

einordnet, freiwillig und gleichberechtigt mit den anderen. Es gilt, die Wunden des Krieges zu heilen am einzelnen Menschen, der seine persönlichen Opfer gebracht hat, wie an der Wirtschaft des Ganzen. Dazu ist ein Gemein Sinn notwendig, der durch Weckung starker sittlicher Kräfte entstehen muß. In diesem Sinne fordern wir eine **Staatsgesinnung**, die über das Heute hinaussteht und freudig ihre Kräfte der Allgemeinheit gibt.

Wir ziehen als eine geschlossene neue Partei, die Zusammenfassung der freiheitlichen Kräfte des Gesamtbürgertums, als

ein Glied der großen demokratischen Partei des Deutschen Reiches

in diesen Kampf.

Es geht um alles, es geht um Freiheit und Ordnung, um Fortschritt und Kultur, um Staat und Volk. Als eine Partei der Staatserhaltung im besten Sinne des Wortes zeigen wir einen Weg in eine bessere deutsche Zukunft. Wer mit uns eines Sinnes ist, der schließe sich an!



Anmeldungen und Spenden
zur Deutschen Volkspartei in Bayern nimmt entgegen:
die Geschäftsstelle in M ü n c h e n, Neuhauserstr. 12/11
und alle sonstigen Ortsgruppen.